

Mail:

Sehr geehrter Herr/Frau ?,

wir sind Vereine und politische Initiativen die sich für Betroffene der Bezahlkarte in Freiburg einsetzen. Ein Hauptanliegen von uns ist es politisch gegen die Umsetzung der Bezahlkarte vorzugehen. Da Sie Kandidat/Kandidatin in der aktuellen Oberbürgermeister\*innenwahl sind, wollen wir Sie um eine Stellungnahme dazu bitten.

Wir haben im Anhang ein Schreiben formuliert in dem wir aus unserer Sicht das aktuelle Geschehen in Freiburg beschreiben und anschließend Fragen stellen. - Dieses Schreiben wird nicht nur an Sie sondern auch an weitere Kandidat\*innen geschickt. Wir planen das Ganze auf einer Website und auf Instagram zu veröffentlichen:

**Website:** <https://bezahlkarte-stoppen.org/>

**Instagram:** <https://www.instagram.com/bezahlkartestoppen.fr/>

Wir freuen uns auf Ihre Antwort,

Anda e.V.

Migrant\*innen Beirat

Seebrücke Freiburg

Bezahlkarte Stoppen! Freiburg

Sehr geehrter Herr/Frau ?,

wir sind Vereine und politische Initiativen die sich für Betroffene der Bezahlkarte in Freiburg einsetzen. Ein Hauptanliegen von uns ist es politisch gegen die Umsetzung der Bezahlkarte vorzugehen. Da Sie Kandidat/Kandidatin in der aktuellen Oberbürgermeister\*innenwahl sind, wollen wir Sie um eine Stellungnahme dazu bitten.

Im Folgenden beschreiben wir aus unserer Sicht das aktuelle Geschehen in Freiburg und stellen anschließend Fragen. Dieses Schreiben wird nicht nur an Sie sondern auch an weitere Kandidat\*innen geschickt. Wir planen das Ganze auf unserer Website und auf Instagram zu veröffentlichen:

**Website:** <https://bezahlkarte-stoppen.org/>

**Instagram:** <https://www.instagram.com/bezahlkartestoppen.fr/>

**Aktueller Stand zur Bezahlkarte in BaWü:** Die Möglichkeit zur Ausgabe einer Bezahlkarte wurde im Mai 2024 durch einen Bundestagsbeschluss zur Änderung des AsylbLG von den Fraktionen der Ampel-Regierung geschaffen. Begründungen hierfür waren ein Bürokratieabbau in der Leistungsverwaltung, die Verhinderungen von Überweisungen ins Ausland und die Finanzierung von Schleppern. Ende 2024 hat das Land Baden-Württemberg die Kommunen zur Einführung der Bezahlkarte für Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen, verpflichtet. Diese Reaktion des Landes ist nicht alternativlos. In anderen Bundesländern wurde die Einführung und konkrete Handhabung beispielsweise den Kommunen überlassen, eine OptOut Regelung erlaubt es auch die Karte gar nicht einzuführen. Die Bezahlkarte ist keine normale EC-Karte oder Kreditkarte, sondern eine guthabenbasierte Debitkarte, die von der zuständigen lokalen Behörde verwaltet wird. Betroffene der Bezahlkarte können auf ihr Guthaben nur unter restriktiven Beschränkungen zugreifen: Der Bargeldbezug ist auf 50€/Monat beschränkt. In kleinen Geschäften, Imbissen und auf Floh- oder Wochenmärkten, mit niedrigeren Preisen ist oft keine Kartenzahlung möglich. Überweisungen, Online-Einkäufe, Lastschriftverfahren und digitale Zahlungsmethoden (PayPal, ApplePay etc) sind nicht möglich, mit höheren Transaktionskosten belegt oder müssen mühsam bei den Behörden eingefordert werden. Ebenso entstehen Gebühren bei der Überziehung Girokontos durch die Abbuchung des Deutschlandtickets vor der Bewilligung der Überweisung mittels Bezahlkarte. Betroffene erleben Stigmatisierung im öffentlichen Raum und können durch die Abbuchung des Geldes, welches am Monatsende übrigbleibt, nicht für größere notwendige Anschaffungen und Investitionen sparen. **Wie ist Ihre Position zur Maßnahme Bezahlkarte?**

**Umsetzung in Freiburg:** Die Stadt Freiburg hat die Einführung der Karte ein Jahr lang verzögert, bis zu einer Weisung des Landes Ende 2025. Nun werden auch in Freiburg nach und nach Bezahlkarten ausgehändigt. Aktuell hat die Stadt auf Anregung des Gemeinderates beim Landesministerium der Justiz und für Migration einen Antrag auf Befreiung der landesrechtlichen Vorgaben zur Bezahlkarte gestellt. Zudem hat die Stadt vor, in zwei Jahren eine Bilanz zur Bezahlkarte anzuregen. Dabei soll die Perspektive der Nutzer\*innen und die Folgen für den Integrationsprozess miteinbezogen werden. Bürgermeister und Gemeinderat haben sich damit klar gegen die Bezahlkarte gestellt, die mit Stigmatisierung und weiterer Präkarisierung der Betroffenen sowie einem enormen Verwaltungs- und Kostenaufwand einhergeht. Dennoch wird die Bezahlkarte nun in Freiburg eingeführt, zu Lasten von Menschen die dabei keine Mitsprache haben. **Wie stehen Sie zur bisherigen Haltung der Stadt und wie gedenken Sie, daran anzuschließen? Welche weiteren Möglichkeiten sehen sie langfristig vulnerable Gruppen in Freiburg zu schützen im aktuellen politischen Umfeld der rechtsgerichtete Bundes- und Landespolitik?**

**Ausweitung der Bezahlkarte in Freiburg:** Zuspitzen könnte sich die konkrete Situation in Freiburg durch aktuelle Pläne der Bundesregierung, den rechtlichen Status ukrainischer Geflüchteter, die nach dem 31.03.2025 eingereist sind, über ein Gesetz zum AsylbLG zu ändern. In diesem Fall würde sich die Anzahl der Betroffenen der Bezahlkarte in Freiburg zusätzlich drastisch erhöhen. Dies würde noch mehr Stigmatisierung in Freiburg und eine potentielle Überforderung lokaler Verwaltung bedeuten. **Würden Sie sich dafür einsetzen, dass die Ausweitung der Bezahlkarte auf Ukrainische Geflüchtete verhindert wird?**

Wir freuen uns auf Ihre Antwort,

Anda e.V.



Seebrücke Freiburg



Migrant\*innen Beirat



Migrantinnenbeirat  
der Stadt Freiburg

Bezahlkarte Stoppen! Freiburg



BEZAHLKARTE  
**STOPPEN**  
Freiburg im Breisgau